

## Die Kohle-Vereinbarung: Vertane Chance

Von Juergen B. Donges

Alle von der nunmehr für 2018 geplanten Beendigung des deutschen Steinkohlenbergbaus Betroffenen sind zufrieden mit dem am 7. Februar verabredeten Procedere: die Bundesregierung und die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, weil sich ein Ende der milliardenträchtigen Dauersubventionierung dieser Branche abzeichnet; die Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie, weil betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden; die Belegschaft, weil für sie die berufliche Perspektive sozialverträglich abgesichert wird; der RAG-Konzern, weil nunmehr dem Börsengang mit seinen drei profitablen Betriebsparten (Stromerzeugung, Chemie, Immobilien) noch in diesem Jahr nichts mehr im Wege steht. Und doch stellt die nach langem und heftigem Streit getroffene Vereinbarung einen faulen Kompromiss dar.

Schon die Kommunikationspolitik in den letzten Wochen und Monaten war schief. Die Politiker, die Medien und natürlich der Vorstandsvorsitzende der RAG warnen gebetsmühlenhaft davor, dass der besagte Börsengang scheitern würde, wenn der Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau spätestens zum Jahre 2018 in Frage stünde. Die Bergleute und die allgemeine Öffentlichkeit mussten daraufhin den Eindruck gewinnen, dass die wenigen (acht) noch vorhandenen Steinkohlezechen geschlossen und mehrere Tausend Arbeitsplätze dem Rotstift zum Opfer fallen sollten, nur um dem Essener Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, sich das für ein Wachstum in den anderen Sparten erforderliche Beteiligungskapital zu erschließen. Wie „Kapitalismus pur“ mag das vielen vorgekommen sein. Da ließ sich leicht der Widerstand mobilisieren, auch unter den zahlreichen Bergleuten, die dank ihres noch jungen Alters und ihrer guten beruflichen Qualifikation mühelos woanders einen gut bezahlten Job finden könnten.

Der Börsengang mag ein wichtiges Anliegen sein. Aber die Begründung für die Abkehr von einer jahrzehntelang betriebenen Kohlesubventionierung muss eine ganz andere sein: die Erkenntnis nämlich, dass auf Grund der gegebenen geologischen Förderbedingungen hierzulande (Untertagebau) im Vergleich zu denen im Ausland (viel-

fach Tagebau) es niemals möglich sein wird, in Deutschland einen international wettbewerbsfähigen Steinkohlenbergbau zu betreiben. Die Förderkosten liegen erheblich, und zwar um das Zwei- bis Dreifache, über dem Weltmarktpreis, und da ist es ganz normal, dass sich die Industrie, allen voran die Stromwirtschaft und die Stahlindustrie, mit Importkohle eindecken wollen. Nur soweit der Staat finanzielle Absatzbeihilfen gewährt, die diesen Wettbewerbsnachteil ausgleichen, ist die deutsche Steinkohle überhaupt zu verkaufen. Dafür müssen Bund und die beiden Revierländer in diesem Jahr knapp 2 Milliarden Euro aufwenden. Bis 2012 sollen die jährlichen Subventionen auf 1,8 Milliarden Euro zurückgeführt werden, aber die Ausgabenbelastung für die öffentlichen Haushalte bleibt fühlbar. Allein dies zeigt bereits, wie unsinnig diese marktwidrige Protektion ist. Der ökonomische Unfug erscheint noch potenziert, wenn man berücksichtigt, dass die Subvention pro Arbeitsplatz im Durchschnitt höher ist als der ausbezahlte Bruttolohn. Es käme dem Staat billiger, wenn die Bergleute nach Hause geschickt und ihnen weiterhin ihr Lohn mit der Maßgabe gezahlt würde, dass sie keine Kohle mehr aus eintausend Meter Tiefe holen.

Womit wir bei dem wären, was euphemistisch als „Staat“ bezeichnet wird. Die Bürger sollen meinen, dass sie eigentlich gar nicht betroffen werden. Sie werden aber betroffen. Die Kohlesubventionen werden zwar vom Staat gezahlt, die Traglast liegt indes voll beim Steuerzahler. Es gibt daher keinen Grund für Nordrhein-Westfalen, an der Berliner Einigung als positives Ergebnis herauszustellen, wie es Ministerpräsident Rüttgers öffentlich stolz tut, dass dieses Land ab 2015 keine Absatzbeihilfen mehr zahlen wird und daraufhin der Bund den Landesanteil übernimmt. Dem Steuerzahler wird es egal sein. Er wird genauso zur Kasse gebeten, wie es der Fall gewesen wäre, wenn sich das Land Nordrhein-Westfalen nicht vorzeitig von der Subventionierung verabschiedet hätte. Das Gleiche gilt, wenn sich die Revierländer nicht an den „Ewigkeitskosten“, die zur Abwehr von unerwünschten Nebenwirkungen stillgelegter Zechen unvermeidbar anfallen, beteiligen wollen und der Bund dafür eintreten muss. Die Steuern bleiben überhöht.

Es könnte für den Steuerzahler noch schlimmer kommen. Vereinbart wurde, dass der jetzt getroffene Ausstiegsbeschluss im Jahre 2012 überprüft werden soll.

Wenn dann in Nordrhein-Westfalen eine SPD-geführte Regierung im Amt sein sollte, ist das Ergebnis der Überprüfung absehbar. Wieder einmal würde die endgültige Stilllegung der Zechen, und damit der Kohle-Subventionierung, auf eine noch längere Bank geschoben werden als einst geplant; oder zumindest würde die unausrottbare Idee erneut aufleben, den Steinkohlenbergbau mit einem bestimmten Sockel-Fördervolumen unbefristet fortzusetzen. Als Argument wird, wie heute, die Versorgungssicherheit bemüht werden. Auch dies ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Denn mit einem Anteil von fünf Prozent am Primärenergieverbrauch, den der Steinkohlenbergbau mittlerweile nur noch hat, kann die Versorgung nicht gesichert werden. Und in jedem Fall wäre es aus der Sicht der Steuerzahler angemessener, strategische Kohlevorratslager anzulegen, am besten europaweit, und diese durch billige Importkohle aufzufüllen.

Was Politiker und Gewerkschaftsführer, die sich als Anwälte der Interessen der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau profilieren wollen, systematisch verschweigen, ist der ökonomische und ökologische Schaden, den ihre Politik erzeugt. Ökologisch werden die Anstrengungen zur Reduzierung der für das Klima so gefährlichen CO<sub>2</sub> - Emissionen konterkariert; diese Schadstoffe werden bei der Kohleförderung besonders intensiv freigesetzt. Ökonomisch ist neben der erwähnten überhöhten Steuerbelastung von Belang, dass der wachstumsnotwendige Strukturwandel behindert wird und die Bergbauschäden an Häusern und sonstigen Gebäuden unbegrenzt zunehmen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Gäbe es ein Minimum an Vernunft unter den Verantwortlichen, würde der Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau beschleunigt.

*6231 Zeichen*

---

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Prof. Dr. Juergen B. Donges ist Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln  
**Kontakt:** Tel. 0221-470 3448 oder E-Mail: [juergen.donges@uni-koeln.de](mailto:juergen.donges@uni-koeln.de)